

Weeber, Joachim

Article — Digitized Version

Ein Index staatlich administrierter Verbraucherpreise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weeber, Joachim (1994) : Ein Index staatlich administrierter Verbraucherpreise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 11, pp. 592-596

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137186>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Joachim Weeber

Ein Index staatlich administrierter Verbraucherpreise

Der Verteuerung staatlicher Leistungen wird eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Verbraucherpreise zugeschrieben. In welchem Ausmaß tragen die staatlich beeinflussten Preise zum Anstieg der Lebenshaltungskosten bei? Welche Indizes werden in Deutschland angewendet, und worin unterscheiden sie sich?

Als einer der Hauptgründe für den kräftigen Preisanstieg auf der Verbraucherstufe in Westdeutschland in den letzten drei Jahren wird die Verteuerung von staatlichen Leistungen angeführt. So wird der Teuerungsbeitrag der administrierten Preise für das laufende Jahr von rund 33% bis zu 50% geschätzt¹. Diese doch recht weit auseinanderliegenden Schätzungen über das Ausmaß des staatlichen Einflusses auf die Verbraucherpreisentwicklung resultieren aus den divergierenden Vorstellungen, wie die grundsätzlichen Fragen einer solchen Indexkonstruktion angegangen werden².

Ausgehend von den Modellen des Sachverständigenrats (SVR), des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung wurde daher ein umfassender Index staatlich administrierter Verbraucherpreise entwickelt³. Im Gegensatz zu anderen aktuellen Indizes zur Ermittlung des staatlich administrierten Einflusses auf die Verbraucherpreisentwicklung wurde im vorliegenden Index aber die Trennung von staatlichen und marktbestimmten Preisbestandteilen bei Gütern versucht, die mit einer speziellen Verbrauchsteuer belastet werden⁴. Ziel der Analyse ist es, den staatlichen Anteil der Preisentwicklung der entsprechenden Produkte herauszufinden. Besonders bedeutsam wird die Trennung bei den Preisbestandteilen dann, wenn der staatliche Anteil der entsprechenden Güter und Dienstleistungen zum Teil 70% des Gesamtpreises beträgt. Die Vermischung staatlicher und marktbestimmter Preisbestandteile kann dabei sowohl zu Über- als auch zu Unterschätzungen der staatlich bedingten Preisentwicklung führen, wenn marktbedingte

Preisbewegungen den Anteil der staatlichen Komponente am Gesamtpreis verringern bzw. erhöhen. Damit wird zur Beurteilung der Inflationswirkungen von administrierten Preisbestandteilen eine Trennung der Verantwortlichkeiten notwendig.

Die Konstruktion des Index

Im vorliegenden Index wurde außerdem der Versuch unternommen, den Mehrwertsteueranteil am Verbraucherpreisindex zu separieren. In Abhängigkeit vom Grad der staatlichen Beeinflussung wurden vier Teilgruppen administrierter Preise gebildet (vgl. Übersicht und Tabelle 1):

¹ Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: RWI-Konjunkturberichte, H. 2/1993, S. 172; G. Nerb u.a.: Deutsche Wirtschaft: Konjunkturaufschwung gewinnt an Breite und Tempo, in: ifo Wirtschaftskonjunktur, S. A 12.

² Zu grundsätzlichen Problemen eines solchen Index vgl. J. Weeber: Staatlich verursachter Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 73. Jg. (1993), H. 12, S. 645-648. Nicht diskutiert werden soll die Frage, ob höhere Steuern „Motor“ oder „Folge“ von Preissteigerungen sind; vgl. dazu Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer: Mitteilungen und Kommentare zur Geldwertstabilität, Nr. 3/1994.

³ Die Einzelkomponenten für den hier vorgelegten Index finden sich in den nachfolgenden Publikationen – sie dienen gleichzeitig als Quellenangaben für Tabelle 1: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zeit zum Handeln – Antriebskräfte stärken, Jahresgutachten 1993/94, Stuttgart 1993, S. 279-283; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: RWI-Konjunkturbrief 2/1992, Essen 1992; sowie Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft (Strukturberichterstattung 1987): Die Auswirkungen staatlicher Marktregulierungen auf die sektorale Struktur- und Faktorallokation, Essen 1986, S. 65-71; W. Nierhaus, W. Meister: Entwicklung der Realeinkommen in den neuen Bundesländern, Gutachten des ifo Instituts im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, München 1991; W. Nierhaus: Administrierte Preise und Verbraucherpreisniveau in Ostdeutschland, in: ifo Schnelldienst, 4/94, S. 3-9; sowie G. Nerb, a.a.O., S. A 12-A 13.

⁴ Für einen früheren Versuch einer Trennung dieser Einflüsse vgl. H. Baum: Das Stabilisierungspotential staatlich-administrierter Preise, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, H. 4/1976, S. 349-375.

Dr. Joachim Weeber, 35, ist Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Westküste, Heide.

□ *Direktadministrierte Verbraucherpreise:* Die Preise für diese Gütergruppe werden von den Gebietskörperschaften, also Bund, Länder und Gemeinden bzw. dessen Institutionen, direkt für die Endverbraucher festgelegt. Der Anteil dieser Positionen am gesamten „Warenkorb“ beträgt knapp 5%.

□ *Güter und Dienstleistungen mit genehmigungspflichtigen Tarifen:* Hierunter werden all jene Güter und Dienstleistungen verstanden, „die zwar von privaten Anbietern – zum Teil unter öffentlicher Beteiligung – an die Endverbraucher geliefert werden“⁵, deren Preisfestlegung jedoch einer staatlichen Genehmigung bedarf. Dies trifft beispielsweise für die Stromtarife zu. Der Anteil dieser Gruppe am gesamten Lebenshaltungskostenindex beträgt in der hier vorgenommenen Abgrenzung rund 17,5%.

Die Zuordnung einzelner Leistungen und Entgelte aus dem Wägungsschema in diese Gruppen erweist sich als relativ problemlos; sie finden sich nahezu identisch in den Konzepten des SVR, des RWI und des ifo Instituts. Zu den wichtigsten Einzelpositionen zählen die Nachrichtenübermittlung, Personen- bzw. Güterbeförderung, die Versicherungsbeiträge, die sogenannten Sozialmieten im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus und die Leistungen der Versorgungsunternehmen.

Neu gegenüber den erwähnten Indizes sind dagegen die folgenden Gruppierungen:

□ *Der Steueranteil spezifischen Abgaben unterliegender Verbrauchsgüter* (deren Nettopreise mehr oder weniger marktbestimmt sind): Gewichtigste Einzelposten sind die in den Preisen für Mineralölprodukte und Genußmittel enthaltenen Steueranteile, die in ihrer Summe gut 5,5% des gesamten Warenkorbes ausmachen.

□ *Der Mehrwertsteueranteil der restlichen Waren und Dienste:* In einem letzten Schritt wurde der Mehrwertsteueranteil der noch nicht in die Berechnungen einbezogenen Waren separiert und als eigene „Steuerreihe“ behandelt. Da die Mehrwertsteuer wertbezogen ist, erhöht sich der Index des Mehrwertsteueranteils in dem Maße, in dem die Preise der (restlichen) mehrwertsteuerpflichtigen Güter steigen. An der gesamten dem Index zugrunde liegenden Ausgabensumme macht der Mehrwertsteueranteil zur Zeit etwa 6% aus.

Zu diesen beiden letztgenannten Teilgruppen ist folgendes anzumerken: Bei zahlreichen Gütern und Dienst-

leistungen sind in den jeweiligen Verkaufspreisen sowohl staatliche als auch marktbestimmte Preisbestandteile enthalten – dies gilt vor allem bei Gütern, „deren Preisgröße jedenfalls zum Teil über die Variationen der Verbrauchsteuersätze reguliert wird“⁶. Besonders offensichtlich tritt die Vermischung beider Preisbestandteile bei Mineralölprodukten zutage. So sind die Anhebungen der Mineralölsteuer – zuletzt Mitte 1991 und zum Jahresanfang 1994 – verantwortlich für zwei Preissprünge der entsprechenden Endprodukte, während die Entwicklung der Nettopreise bei Kraftstoffen und Heizöl durch marktbestimmte Veränderungen verursacht wird. Daher geht in der hier vorgenommenen Abgrenzung nur die jeweilige Steuerkomponente in die Analyse des staatlichen Einflusses auf den Lebenshaltungskostenindex ein.

Zur Ermittlung dieser Steuerkomponente bei von speziellen Abgaben betroffenen Gütern wurde der Steueranteil in Relation zum Verkaufspreis gesetzt und der einer staatlichen Beeinflussung unterliegende Teil der Ausgabensumme ermittelt. Bei den restlichen Gütern und Dienstleistungen ist in einem weiteren Schritt der Mehrwertsteueranteil, der für bestimmte Nahrungsmittel sowie bei Büchern, Zeitungen und Zeitschriften gegenwärtig 7% beträgt, abgetrennt worden; die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau, die keiner Steuerbelastung unterliegen, wurden isoliert. Zur Vorgehensweise vergleiche dazu die Übersicht.

Übersicht Berechnungsschema zur Ermittlung „Mehrwertsteueranteil der restlichen Güter und Dienstleistungen“

Ausgabensumme Lebenshaltung	„insgesamt“
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –
7/	– “ –

= Ausgabensumme Lebenshaltung „restliche Güter und Dienstleistungen“

Anschließend erfolgt das Eliminieren der Mehrwertsteuer aus der

1. Ausgabensumme Lebenshaltung	„restliche Güter und Dienstleistungen“
2. – “ –	„bestimmte Nahrungsmittel“
3. – “ –	„Bücher, Zeitungen, Zeitschriften“

und die Addition der drei ermittelten Mehrwertsteuerbeträge.

Diese Summe ergibt dann die Ausgabensumme

„Mehrwertsteueranteil der restlichen Güter und Dienstleistungen“.

Anmerkung: Ausgabensumme = Ausgaben im Basisjahr 1985 multipliziert mit dem jeweiligen Indexstand.

⁵ H. Baum: Staatlich administrierte Preise als Mittel der Wirtschaftspolitik, Baden-Baden 1980, S. 35.

⁶ H. Baum: Das Stabilisierungspotential ..., a.a.O., S. 353.

Tabelle 1
Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise“ – Westdeutschland

Teilgruppen														
Direktadministrierte Preise				Genehmigungspflichtige Tarife				Steueranteile am Preis durch spezifische Verbrauchsteuern belasteter Güter						
Indexgruppe	Gewicht ¹	nachrichtlich:			Indexgruppe	Gewicht ¹	nachrichtlich:			Indexgruppe	Gewicht ¹	nachrichtlich:		
		SVR	RWI	IFO			SVR	RWI	IFO			SVR ²	RWI ²	IFO ²
Personenbeförderung mit Stadtbahnen und -bussen	4,60	x	x	x	Elektrizität	27,12	x		x	Bier ³	4,92	x		x
Taxifahrten	0,35	x	x		Gas (ohne Gas für Kraftfahrzeuge)	11,90	x		x	Spirituosen ³	2,18	x	x	x
Bundesbahn – Personenbeförderung	2,98	x	x	x	Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten) im öffentlich geförderten Wohnungsbau	33,78	x	x	x	Traubenschaumweine ³	0,89	x		x
Bundesbahn – Güterbeförderung	0,44	x	x		Versicherungsbeiträge	63,15	x	x	x	Tabakwaren	15,11	x	x	x
Fernsprechgebühren	16,06	x	x	x	Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme	13,78	x		x	Kaffee ³	3,09	x		x
Postgebühren	2,21	x	x	x	Arzneimittel – innere Anwendung	3,64	x ^a		x ^a	Kraftstoffe	23,45	x	x ^c	x
Rundfunk- und Fernsehgebühren	5,59	x	x	x	Rezeptgebühr	1,21	x		x	Heizöl	5,03	x	x ^c	x
Besuch von Theateraufführungen	2,99	x	x		Dienstleistungen von Ärzten u. anderen medizinischen Fachkräften	10,24	x	x	x					
Eintrittskarte für Hallenbad	0,89	x	x		Dienstleistungen der Krankenhäuser	6,98	x	x	x					
Lehrgangengebühren, Volkshochschule	2,94	x	x	x	Rechtsberatung u.ä. (ohne Gerichtskosten)	2,34	x		x					
Dienstleistungen der Kindergärten, -horte u.ä.	2,14	x	x	x										
Friedhofsgebühren	0,26	x	x											
Wettgebühren, Jagdscheingebühren, Fischereigebühren	0,47	x	x											
Parkgebühren, Straßenbenutzungsgebühren	0,60	x	x	x										
Führerscheingebühren	0,06	x	x											
TÜV- und Zulassunggebühren	0,17	x	x	x										
Kfz-Steuer und sonstige Gebühren (Reisepaß u.ä.)	6,26	x	x	x										
Zusammen	49,01	–	–	–	Zusammen	174,14	–	–	–	Zusammen	54,67	–	–	–

¹ Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Basis 1985 = 100; Wägungsanteile in Promille. – ² Mit Marktpreisbestandteilen. – ³ Einschließlich Verzehr in Kantinen, Gaststätten u.ä. – ^a Der Sachverständigenrat und das RWI erfassen mit einem Anteil von 5,25‰ (inkl. Rezeptgebühr) auch Güter im Bereich der Arzneimittel, die derzeit nicht einer administrierten Preisbeeinflussung unterliegen. – ^b Schätzung für die Steuerkomponente; Stand: 2. Quartal 1994. – ^c Steueranteil.

Damit unterliegen unserer Abgrenzung entsprechend rund 34% der gesamten Index-Ausgaben der privaten Haushalte einer mehr oder weniger direkten staatlichen Preisbeeinflussung.

Empirischer Befund

Waren die Vorjahresraten für den Lebenshaltungskostenindex insgesamt und für den hier berechneten administrierten Preisindex 1991 noch fast identisch, so stiegen die staatlich beeinflussten Preise in den beiden fol-

genden Jahren deutlich stärker an (vgl. Tabelle 2). 1992 verteuerten sich die im amtlichen Warenkorb enthaltenen Güter und Dienstleistungen um 4%, während der Index für die administrierten Preise um 5,3% anstieg. Noch stärker war der staatliche Einfluß auf die Preisbildung im vergangenen Jahr, wofür vor allem die Anhebung des normalen Mehrwertsteuersatzes und kräftige Aufschläge bei den Versicherungsbeiträgen verantwortlich waren. Ohne die Erhöhung administrierter Preise wäre der Verbraucherpreisanstieg mit 2,8% um 1,4 Prozentpunkte geringer gewesen: Die von der Bundesbank angestrebte

Tabelle 2
Entwicklung staatlich administrierter
Verbraucherpreise
in Westdeutschland

Zeit	Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt	Administrierte Preise insgesamt	Direkt administrierte Preise	Genehmigungspflichtige Tarife	Durch spezielle Abgaben beeinflusste Preise – Steueranteil –	Mehrwertsteueranteil der restlichen Güter und Dienstleistungen	Verbraucherpreise ohne administrierte Preise insgesamt
	– Veränderungen gegenüber Vorjahr in % –						
1991	3,5	3,7	3,9	2,9	7,5	3,1	3,3
1992	4,0	5,3	7,6	4,6	7,6	3,3	3,4
1993	4,2	6,7	4,4	7,4	4,4	8,3	2,8
1. Q	4,3	6,8	4,4	7,4	5,6	8,4	3,0
2. Q	4,2	7,0	4,4	8,1	4,1	8,3	2,8
3. Q	4,2	6,9	4,3	7,9	4,2	8,3	2,8
4. Q	3,8	5,9	4,4	6,2	3,6	8,1	2,6
1994							
1. Q	3,3	5,3	4,2	6,5	6,3	1,9	2,3
2. Q	3,1	4,6	3,5	5,7	5,5	1,5	2,2
1994							
Juli	2,9	4,4	3,0	5,4	6,0	1,3	2,1
Aug.	3,0	4,7	3,0	5,3	8,2	1,3	2,1

Quelle: Eigene Berechnungen.

„Zwei vor dem Komma“ wäre dabei schon im zweiten Quartal 1993 realisiert worden.

Auch im laufenden Jahr hat der staatliche Druck auf die Lebenshaltungskosten nicht nachgelassen. Insbesondere die Anhebung der Steuersätze auf Benzin und Diesel hat die Scherenentwicklung zwischen amtlichen Verbraucherpreisindex und dem Index staatlich administrierter Preise weiter bestehen lassen. Aber auch andere Einflußfaktoren, wie z. B. die Heraufsetzung des Kohlepfennigs und der Versicherungsprämien, die Anhebung der Gebühren im Rechtswesen im Zuge des

Tabelle 3
Staatlich administrierte Verbraucherpreise
in Westdeutschland
(Indexkonstruktionen im Vergleich)

Zeit	Sachverständigenrat			Neuer Index	
	Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt	Administrierte Preise	Verbraucherpreise ohne administrierte Preise	Administrierte Preise	Verbraucherpreise ohne administrierte Preise
	– Veränderungen gegenüber Vorjahr in % –				
1992	4,0	4,5	3,6	5,3	3,4
1. Q	4,3	4,6	4,1	6,0	3,5
2. Q	4,5	5,3	3,9	6,1	3,7
3. Q	3,4	3,5	3,4	3,9	3,2
4. Q	3,6	4,5	3,1	5,0	3,1
1993	4,2	4,6	3,8	6,7	2,8
1. Q	4,3	5,2	3,7	6,8	3,0
2. Q	4,2	4,9	3,7	7,0	2,8
3. Q	4,2	4,7	3,8	6,9	2,8
4. Q	3,8	3,7	3,9	5,9	2,6
1994					
1. Q	3,3	4,0	2,8	5,3	2,3
2. Q	3,1	3,6	2,7	4,6	2,2

Quelle: Sachverständigenrat; eigene Berechnungen.

zum 1. Juli 1994 in Kraft getretenen Kostenrechtsänderungsgesetzes und die zum Teil drastischen Steigerungen der kommunalen Gebühren für die Müllabfuhr, Abwasserentsorgung und sonstigen Leistungen haben hierzu beigetragen. Die obige Aufzählung ist aber noch nicht erschöpfend. Damit haben staatliche Einflüsse ein deutlicheres Nachgeben der Inflationsrate auch 1994 verhindert; die Verbraucherpreise ohne administrierte Preise insgesamt wären so der 2%-Schwelle, die von der Bundesbank als normative Preissteigerungsrate angesehen wird, bereits am Jahresbeginn sehr nahe gekommen. Zur Zeit dürfte ein um diese staatlichen

Manfred Holthus/Rasul Shams

Tax Reforms and Equity in ACP Countries: The Case of Jamaica and Côte d'Ivoire

With a contribution from Karl Wolfgang Menck

Study prepared on behalf of the European Commission Directorate
 General for Development

1994, 116 S., brosch., 34,- DM, 265,50 öS, 34,- sFr, ISBN 3-7890-3553-X

(Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg, Bd. 10)



Nomos Verlagsgesellschaft • 76520 Baden-Baden



Einflüsse bereinigter Verbraucherpreisindex bei einer Vorjahresveränderung von 2,1% liegen.

Nunmehr ist die Beantwortung der Ausgangsfrage möglich: In welchem Ausmaß tragen die staatlich beeinflussten Preise zum Anstieg des gesamten Preisindex für die Lebenshaltung bei? Hierfür wird der Anstieg der administrierten Preise mit deren Anteil am gesamten Warenkorb gewichtet. Aus dem Anteil von etwa 34% und einem Anstieg von 4,6% errechnet sich demnach ein Teuerungsbeitrag für das zweite Quartal 1994 von über 50% – im Vorjahr war er nicht niedriger.

Damit haben in den letzten Jahren die staatlich administrierten Preise einen überproportionalen Beitrag zum Verbraucherpreisanstieg in Westdeutschland geleistet. Interessant ist nunmehr die Frage, wie der Vergleich zu dem wohl bekanntesten Index zur Messung des staatlichen Einflusses, dem Index des Sachverständigenrates, aussieht.

Vergleich mit dem SVR-Index

Im Jahresgutachten 1993/94 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eine Neuberechnung seines Index für staatlich administrierte Verbraucherpreise vorgelegt. Neben kleineren Abweichungen in der Berücksichtigung einzelner Untergruppen verbleiben vor allem drei fundamentale Unterschiede zwischen dem hier vorgestellten Index und dem des Sachverständigenrates:

□ Im Sachverständigenratskonzept ist der Bereich „Nahrungsmittel“ mit einem Gewichtsanteil am staatlich administrierten Verbraucherpreisindex von über 20% enthalten. Im vorliegenden Index wurde dagegen auf die Aufnahme der Ernährungsgüter verzichtet, da in diesem Bereich dem Einfluß der EU-Marktpreisentwicklung im Vergleich zur gesamten Preisentwicklung in dieser Gütergruppe inzwischen nur mehr eine untergeordnete Rolle zukommt.

□ Für wesentliche Gütergruppen – insbesondere Kraftstoffe und Heizöl, aber auch Kaffee und Tabakwaren – erfaßt der Index des Sachverständigenrates sowohl staatliche als auch marktbestimmte Preisbestandteile, während im vorliegenden Konzept nur die jeweiligen Steueranteile der durch spezielle Abgaben beeinflussten Preise der entsprechenden Waren erfaßt werden.

□ Darüber hinaus wurde der durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. 1. 1993 verursachte Preisanstieg bei den Produkten nicht erfaßt, die im allgemeinen keiner staatlichen Reglementierung unterliegen (beispielsweise „Bekleidung und Schuhe“). Um eine solche Untererfassung des staatlichen Einflusses auf die Lebenshaltungskosten zu vermeiden, beinhaltet der vorliegende Index ja gerade eine Teilgruppe „Mehrwertsteueranteil der restlichen Güter und Dienstleistungen“; eine solche Komponente fehlt im Index des Sachverständigenrates vollständig.

Aufgrund dieser elementaren Differenzen beider Indizes fallen auch die Bewertungen über den staatlichen Einfluß auf die Verbraucherpreise unterschiedlich aus. Während die Ergebnisse auf der Basis des Sachverständigenratskonzepts nicht sehr wesentlich von der Entwicklung des gesamten Preisindex für die Lebenshaltung abweichen, zeigt der um die marktbestimmten Preisbestandteile bereinigte Index einen deutlich stärkeren Anstieg der administrierten Preise an (vgl. Tabelle 3). Dabei hat sich die Schere zwischen den beiden Konzepten im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1992 weiter geöffnet. Dies liegt in erster Linie an der Mißachtung des Mehrwertsteuereinflusses bei nichteinbezogenen Gütern und Dienstleistungen im Sachverständigenratskonzept und an dem preisdämpfenden Einfluß der Nahrungsmittel, der sich insbesondere 1993 bemerkbar gemacht hat. Auch bei den bisher vorliegenden Werten für das laufende Jahr zeigen sich deutliche Differenzen über das Ausmaß der staatlichen Komponente.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach)

Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Wiebke Bruderhausen, Dipl.-Vw. Susanne Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Dipl.-Vw. Christoph Kreinbaum, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 20347 Hamburg, Tel.: (040) 3562306/307

Verlag und Anzeigenannahme:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestraße 3-5, 76530 Baden-Baden, Tel. (07221) 2104-0, Telefax (07221) 210427

Bezugsbedingungen: Abonnementpreis jährlich DM 106,- (inkl. MwSt.), Studentenabonnement DM 53,- zuzüglich Porto und Versandkosten (zuzüglich MwSt. 7%); Einzelheft DM 9,-; Abbestellungen vierteljährlich zum Jahresende. Zahlungen jeweils im voraus an: Nomos-Verlagsgesellschaft, Stadtparksparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266

Anzeigenpreisliste: Nr. 1 vom 1. 1. 1993

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: AMS Wünsch Offset-Druck GmbH, 92318 Neumarkt/Opf.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnenstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.